

## Morgen-Ausgabe.

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
 Drucker und Verleger: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
 Vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.  
 Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Nachmittags 30 Pf.

Berlin, 12. Dezember.

## Deutscher Reichstag.

3. Sitzung vom 12. Dezember 1898, 1 Uhr.

Am Bundesrathssitzung von Thielmann, von Buchta, Liebert.

Präsident Graf v. Helldorf theilt mit, daß der verordnete Abg. von Gumb den Reichstage testamentarisch eine Bibliothek vermacht hat. Auf der Tagesordnung steht der Etat, erste Lesung. Das Wort nimmt

Staatssekretär v. Thielmann: er wirft zunächst einen Blick auf das letzte Etatsjahr 1897-98. Die Ausgaben haben sich fast genau im Rahmen des Etats gehalten, die Einnahmen dagegen die Erwartungen erheblich überschritten, so daß dem Schuldendienstverhältnis nicht weniger als 37 1/2 Millionen zu eben diesem Zwecke verwendet werden konnten. Was das laufende Jahr anlangt, so hat sich die Veranschlagung eines Wiedereintritts wirtschaftlichen Niederganges nicht bewahrheitet, wir sind die Treppen noch nicht herabgestiegen. Hölle und Verbrauchssteuern versprechen, nach den Ergebnissen bis inkl. Oktober, ein Mehr von rund 50 Millionen. Ein sehr erfreuliches Ergebnis ist, daß der Zunder vorausichtlich 9 Millionen mehr liefern wird. Zu meinem Bedauern kann ich Ihnen von einem Ergebnis der internationalen Verhandlungen über die Aufhebung der Zunderausfuhrprämien nichts mittheilen. Diese Verhandlungen sind nicht glücklich. Jedenfalls aber wird die kaiserliche Regierung, sobald sich wieder eine Gelegenheit bietet zu solchen Verhandlungen, nicht unterlassen, sich daran zu beteiligen. Ausgesagt, nach Abzug aller Ausgaben, dürfen wir für das laufende Jahr für das Reich auf einen Ueberschuß von 18 Millionen rechnen. Was das kommende Jahr anlangt, so zeigt der gegenwärtige hohe Defizit, daß wir in einer wirtschaftlichen Depression nicht sind und einer solchen auch anscheinend nicht entgegengehen. Ein Nachlassen in dem Aufsteigen der Industrie hat sich noch nicht bemerkbar gemacht, wir sind noch nicht auf dem absteigenden Ast. In dem neuen Etat sind deshalb auch die wirtschaftlichen Einnahmen des Reiches auf 904 Millionen veranschlagt, also 54 Millionen höher als im Vorjahre, das ist eine Vermehrung um 6 Prozent. Zu den Einnahmen von 84 Millionen mehr angelegt sind, muß ich noch etwas über den neuen Zolltarif sagen. Der erste Schritt zu den Vorbereitungen desselben ist gegeben durch die gegenwärtigen Erhebungen zum Zweck einer anderweitigen Eintheilung des Tarifs. Ich hoffe, daß diese Prüfung der vorzunehmenden Neu-eintheilung, wenn nicht in diesem, so in nächsten Jahre zum Abschluß kommt. Redner führt weiter aus, er glaube, daß die neue Einrichtung zur Vermeidung von Zollverletzungen, die amtlichen Ausfuhrstellen, sich als zweckdienlich für den Kaufmannschaft erwiesen hätten. Beim Post- und Reichsgeheimdienst-Gesetz gebietet Redner der vorgelegten Erhebungen von Unterbeamten-Gehältern und tritt dann, im Einzelnen wegen seiner leisen Sprache schwer verständlich, den Einwänden entgegen, welche wegen des starken abermaligen Anwachsens der Aufstellung geworden seien. Die militärischen Anforderungen, gegen welche ebenfalls Bedenken erhoben worden seien, vertheilt sich auf eine Reihe von Jahren, und Thatsache sei jedenfalls, daß wir wirtschaftlich noch im Aufsteigen seien.

Abg. F. v. Z. (Zentrum) ist mit dem Staatssekretär darin einverstanden, daß sowohl im Handel wie in der Industrie von einem Niedergange nichts wahrzunehmen sei. Wenn der Staatssekretär freilich aus den 9 Millionen Mehrertrag aus Zunderkonsum auf steigenden Wohlstand schließt, so meine er selbst, daß diese Mehrerträge hauptsächlich dem zurückgegangenen Zunderexport zuzuschreiben sei. Sehr erfreulich sei, daß dieser Etat endlich den Resolutionen des Reichstags betr. Erhöhung von Unterbeamtengehältern Rechnung trage: Land-briefträger, Brenner zc. Auch das eine Reihe höherer Beamten, Intendanturbeamte, besonders im Gehalte erhöht wurden, um sie den analogen preussischen Kategorien gleichzustellen, werde niemand im Hause beanstanden. Als ein günstiges Ergebnis sei es anzusehen, daß von den 74 Millionen Reichsschulden etwa volle 1/2 gedeckt wurden durch die Einnahmen der reichseigenen Betriebe: Eisenbahnen, Reichsbank, Reichsbrauerei zc. Immerhin müsse man die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Niederganges ins Auge fassen und deshalb sparsam wirtschaften. Die Entwicklung der Dinge habe übrigens gezeigt, daß ein Prozentiger Zinsfuß bei uns in Deutschland noch kein dauernder Zustand ist. Bei dem Reichsamt des Innern habe er mit Freude zu konstatieren, daß die Einnahmeverhältnisse des Reichs sich bessern. Bei demselben Staatssekretär seien gewisse kleine Verbesserungen von Kunst und Wissenschaft in diesem Etat. Gleichwohl müsse der Staatssekretär gegen ein zu viel an Anträgen für diesen Zweck, Kunst und Wissenschaft, sich etwas Widerstandskraft anstandslos. Auf das Militärwesen wolle er nicht näher eingehen, aber er wolle aus seinem Herzen keine Widergrube machen. Die Motive dieses Gesetzes seien, das müsse er dem Kriegsminister sagen, sehr dürftig, und das Haus werde bei Beurtheilung dieses Gesetzes sehr vorsichtig sein müssen. Auf die Marine wolle er nicht eingehen, dagegen auf den Kolonialetat. Ingesamt fordere man diesmal für die Kolonien 25 Millionen, also 10 mehr als im Vorjahre. Was Staatsausgaben betreffe, so glaube er, was dafür ausgegeben werde, werde später Alles wieder herausgebracht werden. Anders der Fall sei über die Kolonien in Afrika. Wenn die Ausgaben dafür so weiter wüchsen, als bisher, werde das nur unsere Kolonialpolitik bei den Wählern in Mißkredit bringen. Was die Reichsschuld anlangt, so zweifle er nicht daran, daß die Verhältnisse sich auch im nächsten Quinquennium nicht gar so ungünstig gestalten würden, wenn wir in demselben ebenso vorsichtig vorgehen, wie in dem letzten Quinquennium. Wenn man von Reichsverschuldung spreche, so schreibe sich dies jedenfalls nicht von der Finanzlage her, sondern von unvorsichtigen Vorgängen. So daher, daß man trotz aller Wünsche des Reichstags das Verbindungsverbot für Vereine und das Festsetzungsverbot noch nicht aufgehoben habe. Auch die Sozialpolitik sei ins Stadium gerathen. Er hoffe, daß in alledem endlich Gesetze, was der Reichstag wünsche, und daß auch

in der kaiserlichen Frage die Erledigung erfolge unter voller Wahrung der einzelstaatlichen Rechte. Mit unserer auswärtigen Politik könne man durchaus zufrieden sein, wobei er bemerken müsse, daß unsere Sympathien in dem spanisch-amerikanischen Kriege auf Seiten des Schwächeren gewesen seien. (Beifall.) Bezüglich der Orientreise des Kaisers bemerkt Redner, er spreche demselben den Dank der Katholiken aus für die wirksame Wahrung der Interessen derselben im Orient, wie auch in Ostafrika. Das französische Protektorat im Orient lehnten die deutschen Katholiken ab, sowohl aus nationalen wie aus kirchlichen Gesichtspunkten. (Beifall.)

Abg. Richter (fr. Volksp.) gedenkt zunächst ebenfalls der Orientreise, die man als eine Großthat gepriesen habe. Habe man doch auch die Heimkehr fast angehen wie eine solche aus einem siegreichen Kriege. (Woh! recht.) Es frage sich noch, ob die Reise nicht mehr geschadet habe, als genützt. Bei so langer Abwesenheit des Monarchen hätte doch wohl eine Regenschatt eingeleitet werden sollen. Die Vortheile der Reise seien zum Mindesten ausgedehnt durch die Nachtheile der inzwischen inaugurirten Ausweisungspolitik gegenüber Dänemark und Oesterreich. Habe doch der österreichische Ministerpräsident bei Erörterung dieser Angelegenheit geradezu eine Drohung ausgesprochen. Es sei nötig, daß der Staatssekretär des Auswärtigen sich über die Gründe dieser Ausweisungen österreichischer Staatsangehöriger äußere. Den nach Dänemark Ausgewiesenen ferner habe noch in keinem einzigen Falle nachgewiesen werden können, daß sie sich einer bündel-nationalen Agitation schuldig gemacht. Der Oberpräsident habe selber zugegeben, daß man politisch ganz indifferente Leute ausgewiesen hat, weil sie bei Leuten, die man treffen wollte, dienen. Man hat sie also geradezu zu Brüllknaben gemacht. Das ist eine Art Selbstsystem, wie man es sonst nur im Kriege kennen lernt. Was kommt davon, wenn man abgeleitete Minister immer zu Oberpräsidenten macht, wie das ja z. B. auch mit den Staatsmännern aus Puttkamerum geschieht. (Stürmischer Beifall, mitunterläßt durch die Anwesenheit des früheren Ministers v. Puttkamer auf einer der Tribünen.) Der Schaden, den unsere Industriellen durch diese Ausweisungspolitik erleiden, ist enorm, wie auch wieder eine mit heute aus Chemnitz zugegangene Zuschrift beweist. Diese Politik ist gar nicht würdig eines großen Reiches. (Beifall) Redner äußert sich über die Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Deutschland und England. Redner fordert, daß man seine volle Verfügbarmkeit aus. Das Verhalten Deutschlands in dem spanisch-amerikanischen Kriege sei durchaus korrekt gewesen. Er sehe auch nicht ein, weshalb unsere Sympathien gerade nur auf Seiten Spaniens gewesen sein sollten, aber es habe jetzt keinen Zweck, darüber noch zu reden. Redner erwidert weiter die Erwiderung der Reichs- und Reichsgeheimdienst-Gesetze und deren nachtheilige Folgen für die Ernährung, ferner die deutsche Zunderpolitik. 36 Millionen kosten uns jetzt jährlich die Zunderausfuhr; schaffe man diese ab, so könne ohne Schaden für die Reichskasse der Zunderkonsum stark gesteigert werden, zum Vortheil der Landwirthschaft. Aber freilich, durch alle Reformen macht wieder einen tiefen Strich die Militärvorlage. Man wird mir wohl nicht widersprechen, wenn ich sage, daß eine solche Vorlage, von solchem Umfange, allen Parteien dieses Hauses unverständlich gekommen ist. Noch in voriger Session hat uns Minister Götze eine sehr beruhigende Erklärung abgegeben. Das war freilich beim Flottengesetz vor den Wahlen, und jetzt sind wir nach den Wahlen! In den Motiven der Militärvorlage steht, der Verlauf des spanisch-amerikanischen Krieges habe gezeigt, wie viel auf eine sorgfältige Vorbereitung ankomme. Ja, nimmt denn etwa bei uns die sorgfältige planmäßige Kriegsvorbereitung erst mit dieser Vorlage ihren Anfang? Für uns beweist der spanisch-amerikanische Krieg gar nichts (lebh. Beifall), höchstens für die Sozialdemokratie zu Gunsten der Witz! (Beifall.) Und solche Vorlage wird gemacht Angesichts der Abwärtsentwicklung des russischen Zaren. Wir wollen diese Vorlage nicht über, aber man soll sie auch nicht unterlassen. Denn ohne die Hilfe des Zaren wird überhaupt niemand wagen können, den Dreißigtausend auszugreifen. Man fragt jetzt über die Leutenoth, den Mangel an Arbeitern, ja, das liegt an den unablässigen Erhöhungen der Friedenspräsenz. Man sucht ein paar hundert Italiener, Schweden, Polen herüberzuladen als Arbeiter und da nimmt man hier wieder 26 000 eigene Arbeiter von der Arbeit fort! Als Kaiser Wilhelm I. die Augen schloß, hatten wir 720 Millionen Schulden. Jetzt das Dreifache. Es liegt das ja an Vielem, aber namentlich auch daran, daß Geld und Geldeswerth jetzt nicht mehr so geachtet wird, als früher. Zum Theil liegt es auch an der primitiven Repräsentation, die selbstverständlich auf die nachgeordneten Stellen einwirkt. Und wie sehen die Herren jetzt die Finanzlage so ruhig an, weil Hölle und Verbrauchssteuern im Grabe liegen. 1893 und auch noch 1895 hätten Sie anders und wollten neue Steuern! Früher haben Sie doch selber immer erklärt, man dürfe nicht auf günstige Konjunkturen dauernde Ausgabenvermehrungen vornehmen! Es hat mich mit Verwunderung erfüllt, daß Herr Fritzen jetzt anfangt, wenigstens in Bezug auf die steigenden Kolonialausgaben bedenken zu werden. Ja, das Zentrum hat uns durch seine große Freigebigkeit da hineingebracht. Der wirtschaftliche Werth von Staatsgütern liegt noch in nebelhafter Ferne, es bedarf dazu erst noch vieler Millionen. Aber richtig ist allerdings: Staatsgüter ist viel mehr werth als das ganze Ostafrika und Afrika überhaupt. Jetzt sollen wir gar noch Neu-Guinea auf das Reich übernehmen, nächsten wird man uns noch die Karolinen anbieten. Ja, danke dem Papst noch heute, daß er uns damals von den Karolinen befreit hat. (Stürmische Heiterkeit.) Wir haben ja jetzt einen neuen Herrn in der Kolonialverwaltung. Ebenso in der Postverwaltung. Es ist merkwürdig, wieviel stille Talente wir unter den Konservativen haben. (Stürmische Heiterkeit.) Redner kritisiert sodann das Postbesetzungsverbot für die Postunterbeamten, den „Postboten“ zu lesen. Ferner die geplante Ausdehnung des Briefmonopols, den Plan des Postbesetzungsverbot. Diesen neuen Ideen gegenüber ver-

misste man dagegen immer noch die Aufhebung des Verbindungsverbot für Vereine, die doch für die Hohenlohe versprochen habe. Statt dessen sei die Zuchthausvorlage angekündigt. Den Schutz der Arbeitswilligen wolle jeder, aber das sei doch eine bloße Thatsachenfrage, die man nicht so hätte aufbauen sollen. Und nun die kaiserliche Frage. (Allgemeines Mha!) Nachdem das Schiedsgericht ergangen, hätte man erwarten sollen, daß das kleine Bündchen endlich zur Ruhe kommen. Aber nein! Zweifellos sei die Sache eine solche der Landesgesetzgebung. Man sollte dieselbe im Bundesrathe behandeln ohne Rücksicht auf Schwägerchaften. Statt dessen lasse man die Sache im Bundesrathe Monate lang hängen, so daß das Volk beunruhigt werde. Die Völkerschaften sind doch keine Viehheerden! Man sollte jetzt einen neuen Knüttel schreiben: Umgang mit Regenten (Stürmische Heiterkeit). Solche Dinge wären unmöglich, wenn wir eine richtige Ministerverantwortlichkeit hätten! Schon 1865 hatte Markgraf Albrecht seinem Kanzler vorgeschrieben, er solle nichts aus seinem Kabinett herauslassen, was das Volk menagire! Unser Herr Reichskanzler kam nach seinem Alter und seinen Erfahrungen mehr durch, als ein Anderer. Ich appellire an ihn, daß er seinen ganzen Einfluß dafür einsetzt, daß eine Ministerverantwortlichkeit erhalten, damit nicht unhaltbare Zustände für Parlament und Volk eintreten. (Beifall) (Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky bestreitet, daß Ursache zur Reichsverschuldung vorliege, im Gegentheil, das Volk habe allen Anlaß, zufrieden zu sein. Wir haben die vollkommenste Reichsgarantie der Welt (Gelächter links). Die Reichsverschuldung liegt nur daran, daß Leute subilto unzufrieden sind, die objektiv durchaus zufrieden sein könnten. Innerhalb der verbündeten Regierungen besteht nicht die geringste Spur von Reichsverschuldung. Sie klagen mir Unrecht über Stillstand der Sozialgesetzgebung, es handelt sich aber nur um einen gewissen Zustand der Ruhe, des inneren Ausbaues, nicht des Stillstandes. Sie sprechen von Ministerverantwortlichkeit. Im Reich aber haben wir nur einen Reichskanzler, und dieser trägt für alle Gesetzgebungsmaßnahmen die Verantwortung, trüge er sie nicht, so würde er sicher sofort daraus die Konsequenzen ziehen. Herr Richter sprach von der Reise des Kaisers und seiner längeren Abwesenheit. Die Reise hat große Ziele verfolgt und der Herr Staatssekretär des Auswärtigen wird nachweisen, daß große Erfolge erzielt sind. Die Ausweisungen beruhen auf der einzelstaatlichen Souveränität; selbst wenn der Herr Reichskanzler wollte, könnte er in diese Souveränität der Einzelstaaten nicht eingreifen. Unschlüssig Erörterungen von Einfuhren aus Amerika sind Sachverständige nach dort geschickt, um zu sehen, ob solche Erleichterungen möglich sind. Was den Schutz der Arbeitswilligen betrifft, so sind darüber alle Bundesregierungen einig. Wir werden jeden Zwang gegen die Arbeitswilligen zu brechen wissen; eine Ermäßigung des Koalitionsrechts ist nicht beabsichtigt. (Lachen links.) Was den kaiserlichen Fall betrifft, so ist dem Bundesrathe eine gewisse richtige Verfügung übertragen. Die Verzögerung ist keine tadelhafte, sondern nur eine prozedurale. Jedenfalls ist der Bundesrat allein zuständig.

Staatssekretär v. v. Willow erklärt, über den Gang der auswärtigen Politik Auskunft geben zu wollen. Zunächst zur orientalischen Frage. Sie ist gerade jetzt weniger bedrohlich als früher, wenn auch wohl komplizierter. So weit menschliche Berechnung reicht, glauben wir, daß in nächster Zeit der Friede im Orient nicht getrübt werden wird. Namentlich auch deshalb, weil Deutschland, als direkt nicht beteiligt, eine gewisse Garantie bieten für einen Ausgleich der Gegensätze. Wir streben dabei keinen Einfluß in Konstantinopel an. In dieser Hinsicht liegt die Eigenart und Sicherheit unserer Stellung dort. Man weiß, wir wollen die Integrität des osmanischen Reiches und die Wohlfahrt des türkischen Volkes. Wir erwidern dort keine berechtigten Ansprüche. Wir stehen den Balkanstaaten freundlich gegenüber, Rumänien ist dort unter einem erleuchteten Fürsten ein bedeutender Faktor der Ordnung. Die Vitalitäten der Balkanstaaten stehen wir respektvoll gegenüber. In Kreta gelangt jetzt vielleicht 3 oder 4 Mächten, was vorher nicht gelang. Wir waren der Meinung, daß gar zu viele Köpfe nicht immer den Drei verbessern. Der Reize des Kaisers nach dem Orient hat die ausländische Presse mit Unrecht große, abentheuerliche Pläne untergeschoben. Es lag der alte Akt der Pietät gegenüber dem Vorfahr des Kaisers zu Grunde, der Wunsch, die Erbschaftskirche einzutreiben. Von unserer Seite ist natürlich Alles vermieden, was die Muhammedaner verletzen könnte. Auf Schiff und Tritt fahren wir, welcher Nachschlag Deutschland sich dort errekkt. Wir wollen kein Schußrecht über fremde, aber wir beanspruchen es über deutsche Reichsangehörige. Dieses Schußrecht ist auch nicht erst durch die Reize des Kaisers begründet worden, sondern es wird ausgeübt auf Grund unserer Verfassung. Die Materie der Ausweisungen gehört vor das Forum des preussischen Landtages. In Bezug darauf, daß unsere internationalen Beziehungen dadurch getrübt seien, kann ich Sie völlig beruhigen. Einzelne Detailfälle zwischen Österreich und uns; sie unterliegen noch vertraulichen Besprechungen. Es kann sich aber nur empfehlen, daß, wenn noch kleine Divergenzen vorliegen, ein Minister diese in verständlichem Sinne, nach reiflicher Überlegung und nach Abnehmung der Tragweite seiner Worte erörtere. (Beifall) (Beifall im Hause.) Der Dreißigtausend beruht auf gleichen Interessen und da er nichts aufreißt, als die Erhaltung des status quo, kommt er am letzten Ende Allen zu Statten. Es ist aber gut, bestehende Bindnisse nicht so sehr zu diskutieren. Wo wir mit England zusammengehen können ohne Schädigung anderer Beziehungen, werden wir es stets thun. An der spanisch-amerikanischen Frage befindet sich deutsches Interesse. Wir haben niemals irgend welche Tendenz der Einmischung gezeigt. Wir können hoffen, daß unsere korrekte Haltung das Vertrauen und die Stetigkeit unserer Beziehungen zu Amerika anlangt, so wird der durch den Krieg unterbrochene Gedankenaustausch wieder aufgenommen werden. Auf

beiden Seiten ist der gute Wille da, freundschaftliche Beziehungen auch kommerziell festzuhalten. Ueberall in Europa, in der Welt, ist man bestrebt, den Frieden zu erhalten. Es liegt das aber nicht allein in unserer Macht. Hoffen wir, daß der Kampf ums Dasein nicht ausarte in Konflikte, welche sich vermeiden lassen. Der Weltfrieden beruht auf dem Ausgleich eines berechtigten nationalen Egoismus und den Allen gemeinsamen kulturellen Aufgaben. Getreu den Traditionen seiner Geschichte wird das deutsche Volk, bei aller Wahrung seiner berechtigten Interessen und dessen eingebend, daß seine Zukunft auf der Macht beruht und daß zu der Macht die Schärfe des Schwertes nicht fehlen darf, sich doch nie versagen, wenn es sich um die Aufrechterhaltung des Weltfriedens handelt. (Beifall.)

Hierauf verlegt sich das Haus.  
 Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.  
 Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.  
 Schluß 5 1/2 Uhr.

## Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“.

Für alle alten Hannoveraner, die den Verfassungstreue unter Georg V. mitgemacht oder doch miterlebt haben, bringen die „Gedanken und Erinnerungen“ Bismarcks eine interessante Notiz, die wir nachstehend wörtlich mittheilen: „Im September 1853 wurde mir in Hannover die Aussicht, Minister zu werden, eröffnet. Nach Beendigung meiner Baderkur in Nordern wurde ich von dem eben aus dem Ministerium Schöle ausgetretenen Minister Bismarck konfidiert, ob ich Minister des Königs Georg werden wolle. Ich sprach mich dahin aus, daß ich in der auswärtigen Politik Hannover nur dienen könne, wenn der König vollständig Hand in Hand mit Preußen gehen wolle; ich könnte mein Preussenthum nicht ausziehen wie einen Rock. Auf dem Wege zu den Meiningen nach Willenau am Genfer See, den ich von Nordern über Hannover nahm, hatte ich mehrere Konferenzen mit dem König. Eine derselben fand statt in einem zwischen seinem Schlafzimmer und dem der Königin gelegenen Kabinett im Erdgeschoß des Schlosses. Der König wollte, daß die Thatsache unserer Versprechung nicht bekannt werde, hatte mich aber um 5 Uhr zur Tafel befohlen. Er kam auf die Frage, ob ich sein Minister werden wolle, nicht zurück, sondern verlangte nur von mir als Sachkundigen in bismarckischen Geschäften einen Vortrag über die Art und Weise, wie die Verfassung von 1848 mit Hilfe von Bundesratsbeschlüssen revidirt werden könne. Nachdem ich meine Ansicht entwickelt hatte, verlangte er eine schriftliche Reduktion derselben, und zwar auf der Stelle. Ich schrieb also in der unbedingten Nachbarschaft des an demselben Tische sitzenden Königs die Hauptzüge des Operationsplanes nieder unter den erschwerten Umständen, die ein selten gebrauchtes Schreibzeug bereitete: Tinte dick, Feder schlecht, Lichtglanz nicht vorhanden; die von mir gelieferte vier Seiten lange Staatschrift mit ihren Tintenflecken war nicht als ein kanzleimäßiges Mundum anzusehen. Der König schrieb überhaupt nur seine Unterschrift, und auch diese schwierig in dem Gemach, in dem er das Geheimniß wegen mich empfangen hatte. Das Geheimniß wurde freilich dadurch durchbrochen, daß es darüber 6 Uhr geworden war und der auf 5 Uhr befohlene Tischgesellschaft die Ursache der Verspätung nicht eingehen konnte. Als die hinter dem König stehende Uhr schlug, sprang er auf und ging wortlos und mit einer bei seiner Blühzeit überaus schnellen und sicheren Schritt durch das mit Möbeln besetzte Gemach in das benachbarte Schlaf- oder Ankleidezimmer. Ich blieb allein, ohne Direction, ohne Kenntniß der Lokalität des Schlosses, nur durch eine Aenherung des Königs unterrichtet, daß die eine der drei Thüren in das Schlafzimmer der an den Wänden entlang liegenden Königin führe. Nachdem ich mir hatte sagen müssen, daß niemand kommen werde, mich zu geleiten, trat ich durch die dritte Thür hinaus und fand mich einem Salott gegenüber, der mich nicht kannte und über mein Erscheinen in diesem Theile des Schlosses erschrocken und aufgeregt war, sich jedoch beruhigte, als ich dem Accente seiner mißtrauischen Frage entsprechend englisch antwortete und zu der königlichen Tafel geführt zu werden verlangte. Am Abend, ich weiß nicht, ob derselben oder des folgenden Tages, hatte ich wieder eine lange Audienz ohne Zeugen. Während derselben nahm ich mit Erstaunen wahr, wie nachlässig der blinde Herr bedient war. Die ganze Beleuchtung des großen Zimmers bestand in einem Doppeldecker mit zwei Wachskerzen, an denen schwere metallene Lichtgitter angeklammert waren. Der eine fiel in Folge Niederbrennens der Kerze mit einem Geräusch, wie der Schlag auf ein Gong, zu Boden; es erschien aber niemand, befand sich auch niemand im Nebenzimmer, und ich mußte mir von dem hohen Herrn die Stelle der Klingel bezeichnen lassen, die ich zu ziehen hatte. Diese Verlassenheit des Königs war mir um so auffälliger, als der Tisch, an dem wir saßen, mit allen möglichen amtlichen oder privaten Papieren so bedeckt war, daß einzelne der Bewegungen des Königs heruntersinken und von mir aufgehoben werden mußten. Nicht weniger auffällig war es, daß der blinde Herr mit einem freundlichen Diplomaten, wie ich, ohne jede ministerielle Kenntnisaufnahme Stunden lang verhandelte.“

Der „Hannoversche Courier“ bemerkt dazu: Dies Erlebnis Bismarcks fällt in die Zeit, die als Wendepunkt in der Verfassungsgeichte unter Georg V. bezeichnet werden kann. Die friedliche Politik wurde aufgegeben, der König war seitdem entschlossen, die Abänderung der Verfassung mit Hilfe des Bundesrates zu erzwingen. Bismarck, so wurde erzählt, habe den König überzeugt, ein Anrufen und eine Entschädigung des Bundes in der Verfassungsfrage widerstrebe weder dem verpöblichten königlichen Worte, der Verfassung zu halten, noch seine darunter die Souveränität, zwei Punkte, in welchen Schöle und Windthorst grade entgegengesetzter Ansicht waren. Bismarck irrte in der Angabe, Bismarck sei bei der Unterredung mit ihm im September (1853) aus dem Ministerium Schöle bereits aus-

getreten gewesen. Das Ministerium Schöle, und damit auch Bismarck, trat erst am 21. November 1853 zurück. Über das Todesurtheil war allerdings dem Ministerium Schöle im September schon gesprochen, man suchte nur noch nach dem Manne, der das neue Ministerium bilden und die Politik der Oligarchie durchführen sollte. Diese Rolle übernahm bekanntlich der Danabücker Landdrost v. Lüden. Man fragt sich unwillkürlich: welche Wendung hätten die Dinge genommen, wenn an Stelle des Herrn v. Lüden Bismarck hannoverscher Ministerpräsident geworden wäre? Man wird nur im Scherz behaupten wollen, daß alsdann heute Hannover an der Spitze von Deutschland stehen und der Herzog von Cumberland deutscher Kaiser heißen würde. Aber zuverlässig wird man behaupten können, daß alsdann die hannoversche Königsfamilie nicht in das Exil gewandert wäre, sondern noch heute herrschen würde im Hannoverland. Bemerkenswerth für die Bekannten von Bismarck ist noch, daß nach Bismarcks Erzählung anzunehmen ist, daß der König nicht durch Bismarck, was dieser auch immer in Abrede genommen hat, sondern eben durch Bismarck in dem Entschluß bestärkt wurde, der Hilfe des Bundesrates sich zu bedienen. Im Uebrigen erkennt man in diesem Vorgang wieder mal jenes Walten, das man die List oder den Humor der Weltgeschichte genannt hat. König Georg V. rathschlagt im höchsten Vertrauen, im geheimsten Kabinett, hinter dem Rücken seiner Minister über die Kräftigung und Befestigung seiner königlichen Gewalt mit dem Manne, der 13 Jahre später, ohne eine Miene zu verziehen, dem Königreich Georgs ein Ende machte.

## Deutschland.

Berlin, 12. Dezember. Das Staatsministerium trat heute Nachmittag 3 Uhr unter Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Sitzung zusammen.

Der Erbprinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst ist in Berlin eingetroffen, um der am 14. d. M. stattfindenden Sitzung des Vorstandes des Deutschen Flotten-Vereins, dessen erster Vize-Präsident er ist, zu präsidiren.

Dem Reichstage wird demnächst die Nachweisung der Rechnungsergebnisse der Berufs-genossenschaften für das Jahr 1897 zugehen.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 12. Dezember. Der „N. Fr. Pr.“ zufolge wird das Abgeordnetenhaus am Donnerstag bis nach dem griechischen Neujahr vertagt werden. Vor dem Schluß des Jahres wird die Regierung das Budget und das Ausgleichsprovisorium auf Grund des § 14 in Kraft setzen.

Peft, 12. Dezember. Von unterrichteter Seite wird konstatirt, daß die Audienz des Barons vonffy beim Kaiser eine Wendung oder Entschärfung in der Krisis nicht herbeigeführt hat. Die verschiedenen in Umlauf befindlichen Gerüchte seien nichts als Kombinationen. Thatsache sei nur, daß vonffy noch das vollständige Vertrauen des Kaisers besitzt und daß jetzt Alles darauf antommt, eine auch der Opposition genehme Persönlichkeit für das Präsidium des Abgeordnetenhauses zu finden.

Peft, 12. Dezember. Die oppositionellen Parteien hielten gestern eine Konferenz ab, in welcher sie einen gemeinsamen Protestbeschluß gegen die Tisza-Vorlage annahmen.

## Frankreich.

Paris, 12. Dezember. In Erwartung der Kundgebung der Patriotenliga sind mehrere Tausend Mann republikanischer Garde und Polizei nach verschiedenen Punkten der Stadt dirigirt worden. Sämtliche Bahnhöfe sind besetzt.

Königsberg i. Pr., 12. Dezember. Am Rath Kreth-Görnter, Vertreter des Wahlkreises Insterburg-Gumbinnen im Abgeordnetenhaus, ist am Sonnabend an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben.

Paris, 12. Dezember. Bis heute Mittag hat hier keinerlei Kundgebung stattgefunden.

## Afrika.

Algier, 12. Dezember. Durch Verfügung des Präfekten ist der Maire Max Regis wegen einer am 9. d. M. gehaltenen Rede, in welcher er den Generalgouverneur von Algerien angriff, von seinem Amte suspendirt worden.

## Stettiner Nachrichten.

\* Stettin, 13. Dezember. Das ultra-freimüthig-sozialdemokratische Kartell zum Sturz der „Hausagrarier-Partei“ im Stadiparlament hat bei den gestrigen Stadtvorordneten-Stichwahlen täglich Schiffbruch gelitten. Zumal im ersten Wahlbezirk, wo sich einige Leute schon königlich darauf gefreut hatten, den Dr. Graßmann hinauszuwählen, vereinigte dieser dort fast soviele Stimmen auf sich, wie die beiden sozialistischen Kandidaten zusammen genommen. Es erhielten im 1. Bezirk die Herren Krause 720, Dr. Graßmann 714, Herbert 374 und Kunze 372 Stimmen, 4 Stimmen waren un-gültig. Nicht ganz so glänzend ist das Ergebnis im 7. Bezirk, wo Herr Supply 523, Herr Lindemann 504 Stimmen erhielt, doch darf man auch mit der hier als Reputat eifriger Werberarbeit erreichten Mehrheit immerhin zufrieden sein. Die Herren Krause und Supply sind auf jeß, Herr Dr. Graßmann ist auf vier Jahre gewählt.

Zum Mitgliede der Disziplinarkammer in Kößlin ist der königlich preussische Regierungsrath Nave dafelbst auf die Dauer des von ihm zur Zeit beklebten Staatsamtes ernannt.

In einer Bekanntmachung des Haus-agrarieramts II wird darauf hingewiesen, daß alle während des laufenden Jahres in Geltung ge-wesenen Pacht- und Miethsverträge steuerpflichtig sind, sobald der Pacht- oder Miethszins, auf die Dauer eines Jahres be-rechnet, mehr als 300 Mark beträgt. Zum Zwecke der Versteuerung sind die vorgebachten Verträge vom Pächter oder Vermieter in ein Verzeichnis aufzunehmen, das im Januar kom-menden Jahres dem Steueramte einzureichen ist. Formulare für die Verzeichnisse sind von den Steuerämtern und Stempelvertheilern kosten-los zu beziehen.











Schauspiel in 4 Akten von Ganghofer.